

**Stadtverordnetenversammlung  
Brandenburg an der Havel**

(Eingangsstempel)

; DIE LINKE/ Gartenfreunde-FW  
CDU

Fraktion/Stadtverordnete

(zehn vom Hundert der  
Stadtverordneten)

**Änderungsantrag**

**an die Stadtverordnetenversammlung  
zur Behandlung in**

öffentlicher Sitzung  nichtöffentlicher Sitzung

**Beschlussgegenstand: Ergänzung Personalentwicklungskonzept, Stellenplan**

**Beratungsfolge:**

- |                                     |   |                          |                                  |
|-------------------------------------|---|--------------------------|----------------------------------|
| <input type="checkbox"/>            | _____ Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport | <input type="checkbox"/> | _____ Rechnungsprüfungsausschuss |
| <input type="checkbox"/>            | _____ Ausschuss für Gesundheit, Soziales und  | <input type="checkbox"/> | _____ Jugendhilfeausschuss       |
| <input type="checkbox"/>            | _____ Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus,    | <input type="checkbox"/> | _____ Werksausschuss             |
| <input type="checkbox"/>            | _____ Ausschuss für Umwelt, Recht, Ordnung    |                          |                                  |
| <input type="checkbox"/>            | _____ Ausschuss für Stadtentwicklung          |                          |                                  |
| <input type="checkbox"/>            | _____ Ausschuss für Finanzen und              |                          |                                  |
| <input checked="" type="checkbox"/> | <b>20.04.15 Hauptausschuss</b>                |                          |                                  |
| <input checked="" type="checkbox"/> | <b>29.04.15 Stadtverordnetenversammlung</b>   |                          |                                  |

**Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:**

1. Der Stellenplan ist ab 2016 so zu gestalten, dass die einzelnen Organisationseinheiten planbar das Personal zugewiesen bekommen, welches sie zur Aufgabenerfüllung benötigen. Mit Aufnahme in den Stellenplan soll sichergestellt sein, dass eine ungeplant freiwerdende Stelle unverzüglich wiederzubesetzen ist. Ggf. notwendige Konsolidierungsbeiträge haben bei der Aufstellung des Stellenplanes Berücksichtigung zu finden.
2. Die Personalverwaltung hat zukünftig dafür Sorge zu tragen, dass Stellenbesetzungen mit einer möglichst kurzen Ausfallzeit auf der zu besetzenden Stelle (in der Regel maximal 4 Wochen) durchgeführt werden.
3. Zur Umsetzung der Maßnahme M28 des HSK sollen die künftigen Standards der Aufgabenerledigung durch eine neu zu bildende Arbeitsgruppe aus Vertretern der Fraktionen in der SVV sowie aus Vertretern der Verwaltung begleitet werden. Der Finanzausschuss soll regelmäßig über Ergebnisse beraten.

.....  
René Kretzschmar (DIE LINKE)  
Fraktionsvorsitzender

.....  
Jean Schaffer (CDU)  
Fraktionsvorsitzender

## **Begründung:**

Zu 1 und 2.

In der letzten Zeit wurde deutlich, dass Stellenneubesetzungen in vielen Bereichen erst nach einem sehr langen Verfahren vorgenommen wurden, da das Verfahren immer erst in Gang gesetzt wurde, wenn die Stelle schon unbesetzt war. In Zukunft soll durch eine längerfristige Planung dafür Vorsorge getroffen werden, dass Stellen nicht bis zu einem halben Jahr unbesetzt bleiben. Die Personalverwaltung hat dazu ein geeignetes Verfahren zu entwickeln, damit zukünftig auch der Stellenplan eine ordentliche Abbildung schafft, wie viele Stellen in einem Fachbereich vorhanden sind und wie viele davon wirklich besetzt sind. Die Wiederbesetzungsquote von 1 zu 4 gibt der Personalverwaltung genügend Spielraum, einen adäquaten Anteil der Sparbemühungen der Stadt im Personalbereich sicherzustellen. Die aus den letzten Jahren praktizierten weiteren Einsparungen, welche durch die Dauer im Stellenbesetzungsverfahren zustande kamen, erzeugen wie vom Personalrat in seiner Stellungnahme ausgeführt unnötigen Frust bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Zu. 3.

Die bisherigen Beratungen zum Haushalt, d. h. zum Haushaltsplan an sich, sowie zum HSK und zum Stellenplan haben deutlich gemacht, dass auch die Fraktionen weitere Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung diskutieren wollen und dass sich die Fraktionen an der erforderlichen Aufgabenkritik als Vorarbeit beteiligen wollen. Auch die Verwaltung hat mit den Beschlussvorlagen entsprechende Hinweise gemacht bzw. solche Forderungen erhoben. Zusätzlich hat auch der Personalrat der Verwaltung eine verstärkte Aufgabenkritik als wesentliche Forderung aus seiner Stellungnahme zur künftigen Stellen- und Personalentwicklung erhoben.

Mit dem Beschlussantrag wird die Maßnahme M28 im Entwurf des HSK aufgegriffen und konkretisiert. Der Finanzausschuss soll die Arbeit der Arbeitsgruppe begleiten. Die jeweiligen Vertreter aus den Fraktionen könnten (müssen aber nicht) bspw. auch identisch mit einem Mitglied aus jeder Fraktion im Finanzausschuss sein.

Es wird erwartet, dass durch die Ergebnisse der aufgabenkritischen Betrachtung die Ressourcenbindung für einzelne Aufgaben insgesamt positiv verändert werden kann. Die als Basis dieser Diskussion erforderliche Gesamtübersicht der Aufgaben der Stadt und der ggf. disponiblen Leistungen und Qualitätsstandards muss durch die Verwaltung gründlich vorbereitet werden.

Dazu wäre auch zu prüfen, ob die Notwendigkeit zur finanzstatistisch richtigen Kostenzuordnung heute noch eine zentrale Bewirtschaftung - bspw. von ATZ-Stellen - erforderlich macht.